

14.03.2022

Niederschrift 001/2022

Ausschuss für Finanzen und Konzernsteuerung

am 16.02.2022 | Aula Hellweg Berufskolleg | Platanenallee 18 | 59425 Unna

Beginn 16:00 Uhr

Ende 17:30 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Wilfried Feldmann

Kreistagsmitglieder SPD

Frau Brigitte Cziehso

Herr Norbert Enters

Herr Jens Hebebrand

Frau Christine Hupe

Herr Sascha Alexander Kudella

Frau Renate Schmeltzer-Urban

Vertretung für Herrn Ganzke

Vertretung für Frau Symma

Anwesend bis 17.25 Uhr (TOP 6)

Kreistagsmitglieder CDU

Frau Annette Droege-Middel

Herr Wilhelm Jasperneite

Herr Jan-Eike Kersting

Herr Marco Morten Pufke

Kreistagsmitglieder GRÜNE im Kreistag

Frau Sandra Heinrichsen

Frau Kirsten Reschke

Kreistagsmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Dr. Gerrit Heil

Kreistagsmitglieder FDP

Herr Michael Klostermann

Kreistagsmitglieder DIE LINKE - UWG Selm

Herr Dr. Hubert Seier

Kreistagsmitglieder GFL + WfU

Herr Prof. Dr. Johannes R. Hofnagel

Anwesend ab 16.10 Uhr (TOP 2)

Verwaltung

Herr Mike-Sebastian Janke, Kreisdirektor | Dez. I

Herr Ferdinand Adam, Leitung Steuerungsdienst

Herr Ralf Oxe, stellv. Leitung Steuerungsdienst

Frau Kerstin Philipps, Leitung Gesamtsteuerung

Frau Sengül Ersan, Leitung Büro LK

Frau Silke Schmücker, Büro LK | Schriftführerin

Anwesend bis 17.05 Uhr (TOP 4)

Gast

Herr Sascha Dorday, Geschäftsführer WFG Kreis Unna Anwesend ab 16.25 Uhr (TOP 3)

Abwesend:**Kreistagsmitglieder SPD**

Herr Hartmut Ganzke

Frau Simone Symma

Herr Feldmann begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er teilt mit, dass die Einladung zu der Sitzung am 03.02.2022 verschickt wurde. Da sich auf seine Frage hin niemand meldet, dem die Einladung nicht fristgerecht zugegangen ist, stellt er die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | |
|------------------|---|
| Punkt 1 | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner |
| Punkt 2 | Strategische Steuerung des Konzerns Kreis Unna über WOS-Kennzahlen der Beteiligungen |
| Punkt 3 | Sachstand zum Konzept zur Strategischen Ausrichtung der VBU und der Tochtergesellschaften;
Antrag der Fraktionen SPD, CDU, GRÜNE im Kreistag und FDP vom 08.12.2021 (Drucksache 278/21/1);
Bericht: Kreisdirektor Janke |
| Punkt 4 | Auswirkungen von Energiepreissteigerungen auf die Kosten der Unterkunft im Jobcenter Kreis Unna;
Bericht: Kreisdirektor Janke |
| Punkt 5 | Auswirkungen des Stopps der KfW-Förderung für die UKBS;
Bericht: Kreisdirektor Janke |
| Punkt 6 | Vorstellung des neuen Geschäftsführers der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH, Herrn Sascha Dorday |
| Punkt 7 | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen |
| Punkt 7.1 | Genehmigung der Haushaltssatzung durch die Bezirksregierung |
| Punkt 7.2 | Coronabedingte Kosten für den Kreis Unna |

Im Verlauf der weiteren Diskussion unterstreichen die Antragssteller auf nochmalige Nachfrage von Herrn Prof. Dr. Hofnagel, dass die Untersuchungsgegenstände im Antrag exemplarisch aufgeführt seien und Klimaschutz dazugehöre.

Herr Klostermann verdeutlicht die Intention des Antrags. Die Zielsetzung sei, strategische Leitplanken zu entwickeln, wie es Herr Kreisdirektor Janke für den ersten Schritt des zweistufigen Verfahrens aufgezeigt habe. Man wolle die Vernetzung zwischen den Gremien der VBU und denjenigen ihrer Tochtergesellschaften verbessern, so dass die Zielsetzungen und Aufträge des Kreises dort bekannt seien und umgesetzt würden.

In den Gremien der Gesellschaften würden teilweise strategische Entscheidungen zu Themenfeldern getroffen, die zuvor weder in diesem Ausschuss noch im Kreistag diskutiert worden seien. Das wolle man ändern, und dazu brauche man die erwähnten strategischen Leitplanken, in denen sich alles andere bewegen könne. Operative Detailentscheidungen sollten selbstverständlich weiter in den Gremien der Tochtergesellschaften getroffen werden.

Seitens der VBU sollte dringend der pandemiebedingt ausgefallene Workshop nachgeholt werden, um die notwendige Vernetzung der Gesellschaften und ihrer Organe zu erreichen. Dann könne man schauen, in welchen Themenbereichen man miteinander vorankomme, und wo man gegebenenfalls politisch verschiedener Meinung sei oder es inhaltlich hake. An diesen Punkten müsse man in einem zweiten Schritt die Option haben, gezielt externe Beratung hinzuzuziehen. Sinn und Zweck sei nicht, durch eine Unternehmensberatung bereits im ersten Schritt Fragen erarbeiten zu lassen, denn für die politischen Fragen und Zielsetzungen sei die Politik verantwortlich. Daher sollte man ganz bewusst zunächst den von Kreisdirektor Janke vorgestellten ersten Schritt abarbeiten und dafür möglichst auch ein Zeitfenster vorsehen; ebenso eine Reihenfolge für die Betrachtung der Gesellschaften. Erst dann folge der dargestellte Schritt zwei.

Herr Kreisdirektor Janke erklärt, dass sich der Kreis für die Daseinsvorsorge der verselbstständigten Gesellschaften bediene und daher auch die Bereitstellung von Ressourcen für die Zielerreichung über den Haushalt erfolge. Es sei richtig, dass im Kreistag eine Vernetzung dieser Themen untereinander erfolgen müsse. Eine solche Vernetzung gebe es auch auf anderen Ebenen, beispielsweise zwischen der VKU und der Nahverkehrsplanung in öffentlich-rechtlicher Verantwortung.

Die Zielsetzung des Prozesses daher ein Kreistagsbeschluss, der festlege, wie das Gebilde in mittelfristiger Perspektive entwickelt werden sollte und was die TOP-Themen in den einzelnen Gesellschaften seien. Damit seien die Vertreter*innen in den Aufsichtsräten mandatiert, diese Themen dort umzusetzen. Nach seiner Einschätzung könne man den ersten Schritt, die Formulierung der notwendigen Fragen, mit dem vorhandenen Know-how selbst bewältigen. Er verstehe den Antrag so, dass man auch eine Beurteilung von außen einholen sollte, um zu schauen, wie das Portfolio aufgestellt sei und um beispielsweise Benchmark-Vergleiche vorzunehmen und den Ressourceneinsatz zu überprüfen. Dies halte er als Input für wichtig.

Herr Dr. Heil kritisiert aus projektplanerischer Sicht, dass man eine strategische Zielsetzung für die Gesellschaften entwickeln wolle und parallel die WOS-Kennzahlen für die Gesellschaften überarbeite. Es wäre sicherlich besser, zunächst die strategischen Zielsetzungen zu definieren, um die WOS-Kennzahlen daran anzupassen. Anderenfalls laufe man Gefahr, dass entweder die Zahlen nicht passten oder aber die richtige Weichenstellung erst im nächsten Haushaltsjahr vorgenommen werden könne. Daher interessiere auch ihn der Zeitplan für die Konzepterarbeitung.

Zudem wolle er das Thema Klimaschutz am Beispiel der UKBS noch einmal aufgreifen. So sehe er beispielsweise einen Überschuss bei der UKBS als Potential für eine schnellere Realisierung der energetischen Sanierungen und nicht als zusätzlichen Betrag für den Kreishaushalt. Genau für solche Fragestellungen

brauche man die Analyse und die von Herrn Klostermann erwähnten strategischen Zielsetzungen, um in den Gremien der Gesellschaften entsprechend zu agieren.

Herr Kreisdirektor Janke weist darauf hin, dass die WOS-Systematik laufend verändert werden könne. Eine zeitliche Einordnung für die Konzepterarbeitung könne er derzeit noch nicht vornehmen. Nach dem heutigen Ausschuss werde er als nächsten Schritt die Geschäftsführer der Gesellschaften einladen und gemeinsam mit ihnen Fragestellungen entwickeln sowie Informationen und Ideen bündeln. Er sei sicher, dass man damit bereits vorankommen werde. Er wolle die offene Gestaltung dieser Phase nicht durch ein vorgegebenes Zeitfenster bremsen, hoffe aber, dass er in der Ausschusssitzung im Mai bereits konkreter auf die Zeitplanung eingehen könne.

Frau Cziehso erklärt, die SPD-Fraktion begrüße die von Herrn Kreisdirektor Janke vorgestellte Vorgehensweise. Man habe 100.000 Euro in den Haushalt eingestellt. Im Antrag sei zudem explizit erwähnt, dass auch Mittel im VBU-Wirtschaftsplan zur Verfügung stünden, auf die man bei Bedarf zugreifen könne. In diesem Zusammenhang sei es ihr wichtig, dass in der WFG und in der VKU auch die Kommunen beteiligt seien und diese in den Kommunikationsprozess eingebunden werden müssten.

Im Antrag sei außerdem formuliert, dass die VBU mit der Aufgabe betraut sei, die Vorbereitungen für den Kreistagsbeschluss zu übernehmen. Nach dem Startschuss durch die Kreisverwaltung gehe die Vorbereitung in das Aufgabenfeld der Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft über. Die Aufsichtsratsmitglieder hätten großes Interesse, an dem Prozess zu arbeiten. Die Befassung der VBU werde in den Zeitfahrplan eingetaktet.

Es müsse gelingen, alle Beteiligten für das Projekt zu gewinnen. Mit der dargestellten Vorgehensweise könne man das schaffen.

Herr Jasperneite warnt vor Vorfestlegungen. Man sollte gewünschte Ergebnisse nicht jetzt schon als Ziele formulieren. Zudem müsse man darauf achten, dass die zu formulierenden Ziele von einer großen Mehrheit getragen würden. Wenn die Zielsetzung erfolgt sei, sollte man sich externen Sachverständigen bedienen, um die bestmögliche Zielerreichung zu gewährleisten. Die letzte Entscheidung liege dann wiederum beim Kreistag. Er unterstreicht die Notwendigkeit, gemeinsam an diesem Prozess zu arbeiten, den man nur im Konsens zwischen Politik, Verwaltung, den Geschäftsführern und den Organen der Gesellschaften bewältigen könne.

Frau Heinrichsen stimmt Herrn Klostermann dahingehend zu, dass man die von Herrn Janke aufgezeigten Schritte nacheinander gehen und externen Sachverständigen erst in einem zweiten Schritt einholen sollte. Sie halte es ebenfalls für wichtig, den ausgefallenen Workshop nachzuholen. Zudem sei ein Zeitplan notwendig, gerade weil es sich um einen fließenden Prozess handle. So wisse man, wo man stehe und was die nächsten Schritte seien. Sie bittet darum, auch zwischen den Sitzungsterminen Rückmeldungen zu bekommen, wenn einzelne Schritte abgearbeitet seien.

Herr Klostermann unterstreicht, dass man in keiner Weise die Organe der Gesellschaften entmachten wolle. Dies sei ihm als Botschaft an die Gremien der Tochtergesellschaften und auch an die Geschäftsführungen der einzelnen Gesellschaften wichtig. Fragen, die man stellen werde, bedeuteten kein Misstrauen. Man wolle einen Sachverhalt klären und bestmögliche Lösungen finden. Wenn das klargestellt sei, sei auch die Basis für eine gute Zusammenarbeit gegeben.

Herr Dr. Seier begrüßt für die Fraktion DIE LINKE-UWG Selm die vorgetragene Vorgehensweise. Er unterstreicht die besondere Bedeutung des Themas Klimaschutz. Man dürfe diesen nicht von Kosten abhängig machen.

Herr Feldmann stellt zusammenfassend fest, das Ergebnis des guten Austausches sei, dass ein Fahrplan mit Meilensteinen aufgestellt werden sollte, um den Fortgang des Prozesses stringent zu verfolgen.

Punkt 4 **Auswirkungen von Energiepreiserhöhungen auf die Kosten der Unterkunft im Jobcenter Kreis Unna;**
Bericht: Kreisdirektor Janke

Erörterung

Herr Kreisdirektor Janke erklärt, die Auswirkungen der Energiepreiserhöhungen auf die Kosten der Unterkunft seien aktuell noch schwer zu beziffern. Die Heizkosten machten rund 14,5 % der Gesamtkosten aus. Der vergleichsweise milde Winter mindere den Verbrauch. Die verschiedenen Tarife und unterschiedlichen Anbieter erschweren eine genaue Kalkulation. Es sei aber richtig, dass sowohl die steigenden Mieten als auch die Entwicklung der Heiz- und Nebenkosten in den kommenden Jahren tendenziell zu steigenden Kosten der Unterkunft führen würden.

Punkt 5 **Auswirkungen des Stopps der KfW-Förderung für die UKBS;**
Bericht: Kreisdirektor Janke

Erörterung

Herr Kreisdirektor Janke führt aus, die UKBS habe für 2022 die klimaneutrale Sanierung von 21 Häusern mit insgesamt 137 Wohnungen vorgesehen und hierfür Mittel in Höhe von rund 1,93 Mio. Euro veranschlagt. In dieser Summe seien 1,48 Mio. Kosten für Objekte enthalten, bei denen die Umstellung auf eine Wärmepumpe vorgesehen sei. Bei Inanspruchnahme des Tilgungszuschusses der KfW hätte die UKBS für diese Maßnahmen 518.000 Euro erhalten. Durch den Wegfall der Förderung müsste dieser Betrag finanziert werden, sofern man die Finanzierungslücke nicht durch andere Förderprogramme ausgleichen könne. Aus Sicht der UKBS seien attraktive Förderprogramme unerlässlich, um die Klimaziele für den Wohnungsbestand zu erreichen. Diese Auffassung könne er nur unterstreichen.

Punkt 6 **Vorstellung des neuen Geschäftsführers der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH, Herrn Sascha Dorday**

Erörterung

Herr Dorday stellt sich dem Ausschuss kurz persönlich vor und erläutert anhand einer Präsentation (Anlage 3) seine Vision für die künftige Ausrichtung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH (WFG). Dabei geht er auf die verschiedenen Handlungsfelder der WFG ein. Er unterstreicht die Bedeutung einer offenen und gesunden Kommunikationskultur und lädt die Ausschussmitglieder zum Dialog ein. Er freue sich auf die Zusammenarbeit.

Herr Enters begrüßt die vorgestellten ambitionierten Ziele als vorteilhaft für den Kreis Unna. Er greift das Stichwort „Gründerökosystem“ auf und merkt an, unter dem Aspekt „Klimaschutz“ müsse man beobachten, inwieweit Dinge, die nach vorn getragen werden sollten, wie beispielsweise die Gewerbeflächenentwicklung,

